

Kurt Edler

Demokratie unter Druck

Zum Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen und der Demokratiebildung von Kindern¹

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine Bedrohung für Leben, Gesundheit und wirtschaftliche Existenz, sondern auch ein Stresstest für unsere Demokratie. Sie hat aber auch noch eine andere Seite. Wir alle nehmen sozusagen an einem Großversuch politischer Bildung teil, von dem niemand weiß, wie lange er noch dauert. Auf dem Spiel stehen nämlich Verfassungsgüter von erheblicher Bedeutung. Leben und körperliche Unversehrtheit müssen als Werte abgewogen werden gegen das Recht auf Selbstbestimmung, die Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit der Wohnung usw.

Als ich in Hamburg-Altona am Kiosk eine BILD-Schlagzeile sah, mit der die Überlegung der Bundesregierung skandalisiert wurde, dass Kinder sich wohl bald entscheiden müssten, mit welchem Kind aus ihrem Freundeskreis sie noch spielen, trat mir das Grotteske an dem Krisenmanagement vor Augen. Denn mit dieser Überlegung maßte sich die Exekutive einen Eingriff in die engste Privatsphäre des Kindes an. Ein Sturm der öffentlichen Entrüstung war die Folge. Aber immerhin, können wir rückblickend sagen, war so endlich mal das Kinderrecht in aller Munde!

Missverstehen Sie mich bitte nicht. Regierende machen Fehler; in einer Krise wie dieser befinden sie sich ständig auf unsicherem Terrain. „Rechtsstaat“ heißt nicht, dass der Staat immer im Recht ist - gerade das ist er eben nicht. Regierung und Verwaltung können gegen das Recht verstoßen, und uns Bürgern steht der Rechtsweg gegen sie offen. Genau das passiert jetzt auch immer wieder. Wir sind an einer Politikstunde beteiligt, in der wir etwas lernen - über Gewaltenteilung, parlamentarische Befugnisse, Föderalismus und über die Grenzen unserer persönlichen Freiheit. Darüber ist auch mit jenen Leuten zu reden, die diese Freiheiten missbräuchlich im Munde führen oder gar die Gelegenheit nutzen, Verschwörungsmärchen zu verbreiten und die Bundesrepublik mit dem NS-Staat gleichzusetzen. Wann es klingelt, wissen wir nicht.

An dieser riesigen gesellschaftlichen Diskussion nehmen auch Kinder und Jugendliche teil. Sie sind betroffen - mit ihrem Recht auf Bildung. Wenn für sie die Schulpflicht gilt, aber die Länder Schulen schließen, scheint da etwas aus dem Lot geraten. Aber unterschätzen wir die jungen Leute nicht. Ein Kind, das weiß, dass es als möglicher Virenträger seinen Großeltern gefährlich werden kann, lernt eine neue Dimension der Verantwortungsübernahme kennen. Die vielen neuen Dilemmata, die wir derzeit durchleben, sind auch immer Lerngelegenheiten. Sie gehören zu einem (aus der Not geborenen) Lernprogramm politisch-moralischer Erziehung im non-formalen Raum.

Not ist immer mit Ängsten verbunden, und durch Angstzustände können auch schlechte Emotionen erzeugt werden - Panik, Verzweiflung, Wut, und eben auch Hass. Schon vor dem Virus befanden wir uns in einer Zeit der Hasspolitik. Selbst in den Kernländern der alten westlichen Demokratie greifen besorgniserregende Prozesse

¹ Thesen auf dem DEKI-Online-Fachtag "Demokratiebildung im Kindesalter - nachhaltig verankern, krisensicher gestalten!?" am 26.11.20

um sich. Ein verwilderter Konservatismus, wie wir ihn gerade in den USA und in Großbritannien erleben, wie er aber leider auch in Deutschland aufwächst, ist bereit, Methoden anzuwenden, die wir in der Vergangenheit nur von autokratischen Herrschern und faschistischen Demagogen kannten. Aber auch aus ganz anderen Quellen speist sich ein neuer Hass: aus religiösem Fanatismus, einem neuen Ultrationalismus, separatistischen Bewegungen, Fremdenfeindlichkeit und allen möglichen Formen von Identitätspolitik. Das Grundmuster dieses politischen Hasses ist ziemlich simpel: Abwertung, Ausgrenzung, Auslöschung all derjenigen, die bzw. deren Lebensweise als minderwertig oder unzumutbar deklariert werden.

Dieser Hass ist längst in vielen Kinderköpfen angekommen. Familie, Peergroup, Internet sind die Quellen. In Spielgruppen, Jugendhäusern und Klassengemeinschaften entfaltet er mit der Angst ein unheilvolles Wechselspiel. Denn wenn Kinder sich gegenseitig mit Bezugnahme auf ihre jeweilige Herkunft angreifen, dann ist nicht nur der innere Frieden in der Einrichtung gestört. Dann gerät auch das pädagogische Personal in Panik. Zumindest für den Schulbereich wage ich die These: Noch nie war im Klassenzimmer die Angst vor politischem Hass so groß wie heute. Noch nie war gruppenbezogene Feindseligkeit peer-to-peer ein solch großes Problem.

Wenn der öffentliche Raum durch Hasspolitik verunreinigt ist, dann bekommen Kinder und Jugendliche das mit. Erwachsene benehmen sich daneben und sind keine Vorbilder mehr. Die Irritation verdunkelt den Raum. Als Kind lerne ich womöglich von meinen Eltern, dass wir viele Feinde haben. Ihre Emotionen gegen „die Politiker“ stecken mich an. Ich lerne in der Blase, in der ich mit ihnen lebe, Intoleranz gegenüber Leuten, die ich gar nicht kenne. Die Botschaft, die mir vermittelt wird, ist: Traue keinem Fremden. Alles, was sie dir in der Schule erzählen, ist gelogen. Covid-19? Das ist eine ganz normale Grippe. Und die Maßnahmen? Die Regierung will eine Diktatur errichten.

Doch schauen wir nicht nur auf die Coronaleugner. In ihrer Bewegung zeigen sich politische Muster, die wir seit Jahren aus vergleichbaren populistischen Strömungen kennen. Deshalb brauchen wir für die pädagogische Praxis ein neues Leitbild. Es muss darauf angelegt sein, Kinder und Jugendliche zur demokratischen Resilienz zu erziehen. Das ist keine weltanschauliche Richtung, sondern ein Prinzip. Was wir uns wünschen müssen, ist, dass das Kind sagen kann: Ich gehe meinen *eigenen* Weg, arbeite an mir aus Einsicht und ohne Angst und lasse mich nicht bevormunden, so wie ich auch eingreife, um *Andere* vor Bevormundung zu schützen. Deshalb müssen wir die Sensibilität für Bevormundung in unsere Bildungs- und Erziehungsarbeit integrieren.

Es lohnt deshalb eine Erinnerung an Immanuel Kants Freiheitsphilosophie. In ihr spielt die menschliche Fähigkeit zur Spontaneität eine ganz große Rolle. Denken wir einfach an Pippi Langstrumpf: „Ich mach mir die Welt / wie sie mir gefällt“. Und so bekommt die Idee der Würde des Menschen (Art. 1 GG) überhaupt erst ihren Sinn: dass wir ihn nicht zum Mittel unserer Zwecke machen dürfen. In der Wortwolke, die wir zu Beginn der Tagung generierten, habe ich daher spontan das folgende Wort hinterlassen: Unerschrockenheit. Ich wünsche den Kindern, mit denen Sie jeden Tag arbeiten, dass sie dem Überwältiger gegenüber unerschrocken NEIN sagen können.

Kontakt: edlerhh@gmx.de